

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biedrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telephon 41.

Redakteur: Paul Jorisch in Biedrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biedrich.

Stillexpedition in Hochheim: Jean Lauer

Anzeigenpreis: für die 6 gespaltene
Zeile oder deren Raum 20 Pfg.
Reklamazeile 60 Pfg.

Bezugspreis: monatlich 80 Pfg. einjährl.
Bruttobetrag. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Nr 70

Donnerstag den 19. Juni 1919

Postfach 100
Frankfurt (Main) Nr. 10114

13. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Ver. Ausgabe von Entlassungs-Anzeigen.

Die allgemeine Ausgabe von Entlassungsanzeigen beginnt am Montag, den 16. Juni 1919 und wird sich auf mehrere Monate erstrecken.

Es kommen zunächst nur die nach dem 9. 11. 18 von der Truppe Entlassenen bei der Abfertigung in Frage; für Kriegsbeteiligte ergibt demnach besondere Bestimmungen.

Bei Prüfung der Anträge wird festgestellt, daß ein großer Teil von Kriegsbeteiligten bereits im Besitze eines vollständigen Entlassungspasses ist.

Um Doppelentlassungen zu vermeiden, ist Aufnahme einer mündlichen Verhandlung dringend notwendig und werden zu diesem Zwecke die Antragsteller mittels Postkarte nach dem Kontrollamt bestellt.

Solche Leute, die bereits im Besitze eines Entlassungspasses sind, oder nachträglich an verschiedenen Einlieferungsstellen, wie Bleichwäasser-Schule, Schlachthaus, noch Entlassung empfangen und trotzdem wieder Antrag gestellt haben, können diesen nach der Aufnahme-Verhandlung zurückgeben.

Sollte jedoch der Antrag gemacht werden, sich nochmals in Bezug von Kriegsbeteiligten zu setzen, so müssen solche Antragsteller der Polizei zwecks strafrechtlicher Verfolgung namhaft gemacht werden.

Am Interesse eines glatten Geschäftsverkehrs ist es unbedingt erforderlich, daß nur die durch Postkarte Ausgeforderten beim Kontrollamt erscheinen.

Die dem Kontrollamt zugewiesenen Entlassungsanzeigen werden ermöglicht, berechnete Forderungen weitgehend zu berücksichtigen.

Antragsteller beim Kontrollamt in dieser Sache vorzusprechen, ist zwecklos und würde auf den sehr umfangreichen Geschäftsverkehr nur lästigen wirken.

Marineangehörige haben gemäß einer kriegsministeriellen Verfügung ihre Ansprüche beim Marine-Sammelposten geltend zu machen.

Wiesbaden, den 13. Juni 1919.

Kontrollamt Wiesbaden.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Die Reichsregierung für einen rheinischen Freistaat?

In einer Zukunft des Handelsverkehrs Dr. Brandt, Präsident der Rheinischen Republik, die Durchführung eines rheinischen Freistaates. Man sei in unterschiedlichen Kreisen zwar geneigt, die bisher vorliegenden Verhandlungen abgelehnt, die aber 3. B. die Erklärung des Oberbürgermeisters Akenauer, der als Führer der rheinischen Bewegung nach Versailles abgelehnt, wurde finden, daß man nur mit den Persönlichkeiten und dem Zeitpunkt der Gründung nicht einverstanden sei, daß aber der Plan einer rheinischen Freistaats-Republik auch von Akenauer nicht fallen gelassen worden sei.

Dazu erfüllt die Internationale Telegraphen-Agentur aus den Kreisen der Teilnehmer an der Versailler Konferenz, daß Dr. Brandt aus der Rundgebung, die die rheinischen Abgeordneten nach ihrem Besuch der Versailler-Konferenz abgelehnt, daß in der Bewegung die Notwendigkeit und die Möglichkeit eines westdeutschen Freistaates eingehend erwogen worden sei. Mit der Kritik sei in der Hinsicht begnügt worden, die Öffentlichkeit in den westdeutschen Ländern über die zukünftige Entwicklung des Rheinlandes zu unterrichten. Wenn wir recht unterrichtet sind, hat man sich an maßgebender Stelle der Reichsregierung, und zwar bei der Mehrheit der Minister, der Erkenntnis nicht verschlossen, daß im Interesse des Deutschen Reiches die Regelung der politischen Verhältnisse im Sinne eines rheinischen Freistaates, natürlich im Rahmen des Deutschen Reiches erforderlich ist. Natürlich kann es sich dabei nicht um Gebiete handeln, das einzelnen politischen Parteien besonders große Entschlossenheit bieten will; gerade im Hinblick auf diese und die große nationale Bedeutung der Frage, daß man dabei die künftigen Verhältnisse, die bisher gemacht worden sind, als besonders bedauerlich empfunden.

Wollverwertung für das besetzte Rheinland.

Am „Corriere della Sera“ findet sich eine bemerkenswerte Pariser Meldung, die besagt, daß die Pariser Konferenz dem englisch-amerikanischen Antrag zugestimmt habe, wonach sofort nach Kriegsende die zurzeit bestehende Militärverwaltung im besetzten Rheinland durch eine Zivilverwaltung abgelöst werde, an deren Spitze ein Ausschuss von fünf Mitgliedern stehe. Wodurch werde auch sofort das gewöhnliche Recht anstelle des Kriegesrechts treten und die ordentlichen Gerichte wie in normalen Zeiten tätig sein. Die militärischen Behörden würden nur für die öffentliche Ordnung sorgen und bekämen ihre allgemeinen Instruktionen von dem an der Spitze der Zivilverwaltung stehenden Hohenkommissar.

Auslieferung der deutschen Handelsflotte.

An die Entente sind von Hamburg am Donnerstag 98 Hamburger Geschäftsleute mit 1300 867 Kubikmeter Raum Inhalt abgefahren. Hieron waren u. a. der Hamburg-Amerika-Linie 29, von der Hamburg-Südamerika-Linie 11, von der Hamburg-Linie 8, von der Kosmos-Linie 6 und von der Deutsch-Ostafrika-Linie 5, von der Woermann-Linie 5, von der Deutschen Levante-Linie 4, von der Hamburg-Bremer Afrika-Linie 3 und von anderen Reedereien je 1 Schiff. Die Auslieferung ist, wie bekannt, auf Grund des von Erzberger abgeschlossenen Waffenstillstandes erfolgt.

Die künftige Getreidebewirtschaftung.

Durch die Presse gehen widersprechende Nachrichten über die künftige Getreidebewirtschaftung. Zur Auf-

klärung wird von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt: Da der zukünftige Ausfluß der Nationalversammlung sich mit der Sache noch nicht befaßt hat, kann noch gar nicht gesagt werden, inwieweit die derzeitige Zwangsverteilung abgeändert wird. Ausdrücklich muß darauf hingewiesen werden, daß alle Maßnahmen, die nicht auf eine Erleichterung der Zwangsverteilung mit sich bringen werden, sich ausschließlich auf Ergebnisse der kommenden Ernennung beziehen. Alle zurzeit vorhandenen Vorräte aus der Ernennung 1918 bleiben nach wie vor der durch die Reichsgetreideordnung für die Ernennung 1918 eingeführten Zwangsverteilung unterstellt. Sie bleiben also beschlagnahmt und müssen, soweit sie nicht von den Selbstverforgern auf Grund gesetzlicher Ermächtigung zurückgehalten werden dürfen, abgeliefert werden. Die Erfüllung dieser Ablieferungspläne ist gerade jetzt ein besonders dringendes Gebot, damit auch für den Welt des Wirtschaftsjahres die Belieferung der Bezugsgebiete mit Getreide und der gesamten Bevölkerung mit Nahrungsmitteln keine Störung erleidet.

Ein Gespräch mit Präsident Ebert.

Berlin, 13. Juni. Reichspräsident Ebert hatte dieser Tage eine Unterredung mit einem Vertreter des „Christlichen Blattes“ „Moritz Intelligenzblatt“. Darin heißt es:

Frage 1: Wie denkt das deutsche Volk über die Friedensbedingungen?

Antwort: Die überaus große Mehrheit des deutschen Volkes steht hinter der Nationalversammlung, der Reichsregierung und den Regierungen der Gliedstaaten, die übereinstimmend die Versailler Bedingungen für unannehmbar erklärt haben. In tausenden von Kundgebungen kommt dies täglich zum Ausdruck.

Frage 2: Wie denkt der Herr Präsident über die Sozialisierung?

Antwort: Die Sozialisierung der dazu geeigneten Industrie- und Gewerbebetriebe ist in der Wege geleitet. Grundbedingung bei der Nationalversammlung dem zugestimmt. Die Regierung arbeitet mit Nachdruck am Abschluß der Vorbereitung. Ohne gute Vorbereitung ist ein Erfolg nicht denkbar.

Frage 3: Wie ist er mit dem bisherigen Erfolg der Sozialisierung zufrieden?

Antwort: Da wir über das Stadium der Vorbereitung noch nicht hinausgekommen sind, kann ich über den Erfolg der Sozialisierung noch nichts sagen. Jetzt hängt die Durchführung und der Erfolg ganz von den Bedingungen des Friedensvertrages ab.

Frage 4: Wacht er, daß die Arbeiterbewegung infolge der Sozialisierung besser gestellt sein wird als zuvor?

Antwort: Die Frage der Sozialisierung ist eine Frage der Organisation der Produktion. Die Sozialisierung kann nur dann zu einer wesentlichen wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter führen, wenn die Produktionsleistung höher ist als unter dem Kapitalismus. Würde infolge mangelhafter Organisation der Produktion der Output zurückgehen, so würde ein Arbeiter in Höhe des Reiches, den die Kapitalisten einheimen, so würde ein Arbeiter schlechter gestellt, als unter der Kapitalismuswirtschaft. Unvermeidliche Voraussetzung für den Erfolg der Sozialisierung ist also Organisation der Produktion. In Deutschland kann die hochentwickelte Kapitalistenproduktion nur überholt werden durch gemeinsame freie und verteilungswirtschaftliche Arbeit aller im Betrieb erforderlichen Kräfte. Zu diesem Ziel führen nicht terroristische Gewaltakte. Das Ziel ist nur auf dem Wege der Demokratie zu erreichen. Ohne Demokratie kein Sozialismus.

Ein Putz in Erfurt.

Erfurt, 16. Juni. Ein von langer Hand vorbereiteter Aufbruch wurde gestern hier unternommen. Aufgebot 10 000 Eisenbahner hatten sich aus dem gesamten Eisenbahndirektionsbezirk sechs Züge zusammengeleitet und waren nach Erfurt gekommen, um dort sämtliche höhere Eisenbahnbeamten abzuholen. Zum Eisenbahnpräsidenten wählten sie einen gewissen Schuppe. Es wurden Umzüge veranstaltet, wobei Hochrufe auf die Räte-Republik ausgebracht wurden. Von den Regierungsbahnen waren im ganzen 24 Soldaten in Erfurt, die dem neuen Eisenbahnpräsidenten den Eintritt in das Eisenbahndirektionsgebäude verweigerten. Dieser kam jedoch durch eine Hinterlist das Gebäude hinein und hielt von Balkon herab eine Ansprache an seine Brüder. Die Regierung hat einen Kommissar entsandt, mit dem der Eisenbahnarbeiter aber nicht verhandeln wollen. Der Zugverkehr ist vorläufig noch regulär.

General von Stein über den Feldzug. Ueber die Vorgeschichte des Durchmarsches durch Belgien gibt Kriegsminister a. D. von Stein in einem demnachst bei R. F. Köhler in Leipzig erscheinenden Buche Aufschlüsse. Bis zum Rücktritt des Generalleutnants von Stein (1888) war danach der deutsche Operationsplan rein defensiv. Rostke wollte das deutsche Heer in Belgien aufmarschieren lassen, um den französischen Angriff abzuwarten. Stein beschloß, eingehend, aus welchen Gründen unter Rostkes Nachfolgern der Operationsplan abgeändert werden mußte.

Die Verhandlungen in Versailles.

Die Ueberreichung der Antwort der Alliierten.

in Versailles, 16. Juni. Die Antwortnote der Entente ist dem Grafen Brodorsky-Kanjan heute abend halb 7 Uhr überreicht worden.

Das Begleit Schreiben.

in Paris, 16. Juni. Das Begleit Schreiben zu der Note der Alliierten auf die deutschen Gegenanträge demnachst zu Anfang: Die Alliierten und assoziierten Mächte hätten die Note der Delegation und die über die Friedensbedingungen gemachten Bemerkungen der deutschen Delegation unterworfen. Die deutschen Vorschläge protestieren vor allem gegen den Friedensvertrag, weil er im Widerspruch steht mit den Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand geschlossen worden sei. Der Protest der deutschen Delegation bemerkt, daß sie die Lage verkennt, in der sich Deutschland heute befindet. Die deutsche Delegation scheint die Auffassung zu haben, daß Deutschland nur Opfer zu bringen habe, um den Frieden zu erhalten, als ob dieser Friede nur ein Opfer der Alliierten eines Kampfes sei, der im Gewinn an Land und Macht geführt worden sei. Darum erachten es die Alliierten und assoziierten Mächte für notwendig, ihre Antwort mit einer genauen Darlegung des Krieges, wie sie ihn beurteilen, zu beginnen. Dieses Urteil ist zugleich das der Gesamtheit der zivilisierten Welt. Nach der Ansicht der Alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der im Jahre 1914 ausbrach, das größte Verbrechen gegen die Humanität und gegen die Freiheit der Völker, das jemals mit Verbrechen von einer Nation, die sich für zivilisiert hielt, begangen worden ist. Während vieler Jahre vervielfältigte die deutsche Regierung, getreu der preussischen Tradition, ihre Anstrengungen, um sich in Europa die Hegemonie zu sichern. Sie begnügte sich nicht mehr mit dem Einfluß und dem wachsenden Einfluß Deutschlands, den anzuerkennen die Nationen bereit waren, in der Gemeinschaft der freien und gleichberechtigten Völker. Sie wollte sich die Fähigkeit erwerben, ein unterdrücktes Europa zu beherrschen und zu terrorisieren, gleichwie sie ein unterdrücktes Deutschland terrorisierte und beherrschte. Um dies zu erreichen, habe sie den Geist ihrer Unterthanen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu der Beherrschung, daß in den internationalen Angelegenheiten die Gewalt das Recht sei. Sie habe nie aufgehört, die Kräfte Deutschlands zu bündeln und zu konzentrieren, um die Alliierten und assoziierten Mächte zu überwinden, eine solche Politik sei notwendig, weil die Nachbarn Deutschlands auf keine Weise und kein Gebot eifersüchtig seien. Sie habe versucht, Feindschaft statt Freundschaft zwischen den Nationen zu säen. Sie habe ein großes Spionagenetz und ein Netz von Intrigen eingerichtet, die ihr erlaubten, Intrigen und Kriege zu entfachen und logar geheime Angriffsvorbereitungen auf den Gebieten ihrer Gegner einzuleiten, um sie im gegebenen Augenblick mit um so größerer Gewalt und Brichtigkeit zu überfallen. Durch diese Drohungen mit Gewalttaten habe sie ganz Europa in Bewegung gehalten, und als sie feststellte, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren Willkür zu widerstehen, beschloß sie, ihre Herrschaft mit Gewalt zu begründen. Sobald diese Vorbereitungen beendet waren, erzwang sie einen unterdrückten Verzicht, binnen 48 Stunden Serbien den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege, dessen Zweck die Kontrolle über den Balkan war, mußte sie genau, daß er nicht isoliert werden konnte und daß er einen allgemeinen Krieg entfesseln würde. Um für diesen Krieg doppelte Sicherheit zu haben, entzog sie sich allen Verhandlungsvorhaben, bis es zu spät war, der Weltfriede unermessbar war, den sie eingeschloß hatte und für den unter allen Nationen einzig Deutschland vollständig ausgerüstet und vorbereitet war. Die Verantwortung Deutschlands beschränkte sich jedoch nicht auf die Tatsache allein, den Weltkrieg gemocht und entfesselt zu haben; Deutschland ist ebenfalls verantwortlich für die grausame und unermessliche Verbrechen, in der er geführt worden ist. Obwohl Deutschland selbst einer der Garantien des Friedens war, haben seine Regierungen die Neutralität eines durchaus friedlichen Volkes verletzt, welche sie zu respektieren feierlich versprochen hatten. Nicht zufrieden damit, haben sie umgehend eine Reihe von Hinrichtungen und Einschüchterungen vorgenommen, in der Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren und sie durch die Schwächung ihrer Handlungen gefügig zu machen. Die Deutschen gebrauchten als erste die giftigen Gase, trotz der entsetzlichen Verbrechen, die sie verursachten. Sie haben mit den Bestrafungen durch Flugzeuge und weittragende Kanonen auf Städte begonnen ohne militärischen Grund, einzig und allein in der Absicht, die Moral ihrer Gegner zu schwächen, indem sie Frauen und Kinder töteten. Sie haben den U-Bootkrieg begonnen, diese Herausforderung von Seeräubern gegen das Völkerrecht.

Sie sind es, die mit brutaler Gewaltlosigkeit Tausende von Frauen und Kindern in fremde Länder, in die Sklaverei, geführt haben. Sie haben sich hinsichtlich ihrer Kriegsverbrechen eine so barbarische Handlungsweise erlaubt, vor der selbst die unglaublichsten Völker zurückgeschrecken würden. Die Handlungsweise Deutschlands war logischermaßen beispiellos in der Geschichte der Menschheit. Die furchtbare Verantwortlichkeit, die auf ihnen lastet, wird in der Tatsache zusammengefaßt, daß mindestens sieben Millionen Lebewesen mit ihren Wunden und Verden zeugen, daß Deutschland durch Krieg seine Herrschaft betriebliehen wollte. Die Alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß sie denjenigen gegenüber sich schuldig machen würden, der zur Erhaltung der Freiheit der Welt alles hingegen haben, wenn sie ihre Zustimmung dazu gäben, in diesem Kriege nicht ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen das Recht zu erblicken. Diese Haltung der Alliierten und assoziierten Regierungen wurde noch während des Krieges durch ihre hundertfachen Einseitigkeiten klar darstellend. So vom Präsidenten Wilson in seiner Rede vom 16. April 1918 umschrieben und vom deutschen Volke ausdrücklich und feierlich als ein leitendes Prinzip angenommen: „Wollen alle unsere Völker, Bürger, mögen alle unsere Pläne und Handlungen von nun an mit unserer Antwort in Uebereinstimmung sein, bis der Welt unserer vereinigten Kräfte ihrerseits den Geist durchdringt und die brutale Gewalt derjenigen vernichtet, die verstoßen und verachtet haben, was wir lieben und ehren. Deutschland hat mangelnd, daß die Gewalt und nur die Gewalt entscheiden wird, ob Gerechtigkeit und Friede die Arbeit und das Menschengeschlecht leiten sollen, ob das Recht, so wie es Amerika versteht, oder die Hegemonie, wie sie Deutschland versteht, die Geschichte der Menschheit bestimmen soll. Es ist also für mich nur eine Antwort möglich: Gewalt, Gewalt bis zum äußersten, Gewalt und Schrecken ohne Ende, vernichtende und triumphierende Gewalt, die das Recht zum Gesetz der Welt erhebt und jede Macht, deren Ziele egoistisch sind, in Staub treten wird.“ Derselbe Haltung wurde in der Rede des englischen Premierministers vom 14. Januar 1917 klar gekennzeichnet: „Es gibt in keinem Lande Sicherheit, wenn die Nachbarn nicht eine gegenseitige sind. Es gibt keinen Schutz für das Land, für die Völker, für das Geld in den Staaten, wo der Verbrecher mächtiger als das Recht ist. Das Völkerrecht läßt keine Ausnahme zu und so lange ihm nicht Genüge getan ist, wird der Friede der Welt immer der Willkür einer jeden Nation ausgeliefert sein. Die Vergrößerung und Bereicherung des eigenen Landes verfolgt. In der Weltgeschichte hat es oft verbrecherische Staaten gegeben. Wir haben es in diesem Augenblick mit einem solchen Staat zu tun. Es wird immer verbrecherische Staaten geben bis zu einem Zeitpunkt, wo wir durch ein internationales Abkommen zu geordnetem Verhalten befähigt sein werden.“ Das gleiche Prinzip ist klargelegt in der Rede Clemenceaus vom 17. September 1918: „Kämpfen sie, die französischen Soldaten? Was wollen wir selbst? Kämpfen und unaufhörlich und siegreich kämpfen bis zu der Stunde, wo der Feind bezwungen wird, daß kein Kompromiß möglich ist zwischen einem solchen Verbrecher und der Gerechtigkeit. Wir wollen nur einen Frieden, der uns eine Gerechtigkeit, die dauerhaft gehalten ist, damit den kommenden Generationen die Gewalt der Vergangenheit erspart bleiben.“

Wagen:

Wagen (heißt)
Wagen - Chaise
schwere Pferde
Wagen, 18-jähr.
Wagen, 1 Enten
Wagen, Untertrasse 21.

- Kleidung

etot M. 395
M. 60.—, 67.—
—, 55.—, 78.—
60.—, 80.—, 95.—
35.—, 48.—, 65.—
Wiesbaden
Kirchgasse 56.

Wiesbaden

Wiesbaden
Kirchgasse 56.

Wiesbaden

Wiesbaden
Kirchgasse 56.

Wiesbaden

Wiesbaden
Kirchgasse 56.

100%